



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Politische Correspondenz.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politische Correspondenz.

Nicht vom Main. 15. August.

Es kann unmöglich reiner Muthwille der Trieb sein, welcher ernste Staatsmänner in München und Stuttgart bestimmt, als Vorkämpfer und Secundanten der Wiener Hauspolitik Preußen in jeder erdenklichen Weise zu kränken und zu verlegen. Bundesreform, Heerwesen, Zollverein, alles wird benutzt, um der Feindseligkeit gegen Preußen den schroffsten Ausdruck zu geben, auf das Wagniß hin, die Sicherheit Deutschlands zu gefährden, den Haushalt des eigenen Staates, den Wohlstand des eigenen Volkes zu zerrütten. Auch die unläugbar vorhandene Furcht vor der preussischen Führung in einem engern Bunde reicht nicht aus, um die empfindlichen Provocationen gegen Preußen in einem Augenblicke zu erklären, in welchem S. Majestät der König ein Ministerium aufrecht erhält, welches das Vertrauen der Cabinete in München und Stuttgart in weit höherm Grade verdient und besitzt, als das Vertrauen des eigenen Landes, in einem Augenblicke, in welchem das politisch verderbliche: fiat justitia et pereat Borussia der Wahlspruch einer Mehrheit in dem Hause der Abgeordneten zu werden droht. Während in den mittleren Schichten der Nation das Bedürfniß nach stärkerer Einigung wie das Gefühl der Zusammengehörigkeit in erfreulichen Kundgebungen sich offenbart, brechen Haß und Eifersucht, die furchtbaren Elemente der Zwietracht, in den Kreisen des höhern Particularismus in helle Flammen aus, welche in den unteren, aus alten Vorurtheilen noch nicht erlösten Schichten der deutschen Stämme nur zu reichliche Nahrung finden.

Diese bedenkliche Erscheinung muß andere, als die angedeuteten, Ursachen haben. Es müssen nach Stuttgart und München aus Berlin Berichte gegangen sein und dort Glauben gefunden haben, Berichte von einer bevorstehenden großen Action Preußens gegen das Sonderleben des Particularismus und die Souveränität der Einzelstaaten, Berichte, deren Reflex in der bekannten Mittheilung eines Berliner Blattes „Vom Main, 31. Juli“, von der einen Seite als qualificirte Zeitungssente verlacht, in manchem schwach erleuchteten Cabinet dagegen als eine Bestätigung sonstiger, aus zuverlässigen Quellen stammender Nachrichten einregistriert worden ist — neben den Berichten über die eifrige, tägliche Beschäftigung des Königs von Preußen mit Musterungen und Feldübungen, und neben den periodisch wiederkehrenden Gerüchten von dem Eintritte des Herrn von Bismark in das Ministerium zu Berlin.

Solche Berichte, — nicht amtliche, aber vertrauliche, — existiren, sie wirken

verderblich, so lange sie im Verborgenen bleiben; die Machinationen, denen sie dienen, zerfallen in Nichts, sobald sie an das Tageslicht gezogen werden. Wir nehmen deshalb keinen Anstand, den Gedankengang — nicht den Wortlaut — eines Schreibens aus Berlin nach München, vielleicht auch nach mehr als einer süddeutschen Residenz über die Politik der reactionären Partei in Preußen, über deren Mittel und Wege, — geschrieben in der ersten Hälfte Juni — in Folgendem mitzutheilen.

Nach manchen vergeblichen Versuchen, das Ministerium Hohenzollern zu stürzen, — so sagt der Brief — entwarf die feudale Umgebung des Königs gegen Ende 1859 den Plan, den König durch die ihm dringend empfohlene Reorganisation des Heeres mit der Volksvertretung und dem Lande zu vereinen, und ihn gleichzeitig mit der auswärtigen Politik in eine absolutistische Bahn zu drängen, die, dann auf Preußen zurückgelenkt, den Umsturz der Verfassung zu ihrem Ziele haben würde. Für den zweiten Theil der Aufgabe war Herr v. Bismark, der aus selbsteigenem Triebe schon handelnd vorangegangen war, der Mann, dem sich das Vertrauen und die Hoffnung der reactionären Partei in erster Linie zuwendete. In ersterer Beziehung gelang es bald, durch Vorstellungen in dem Sinne, daß auf solche Weise allein das Ansehen und die Macht Preußens in Deutschland wie überhaupt in Europa gesichert und gehoben werden können, den König dahin zu bringen, daß er die Reorganisation und Vermehrung des stehenden Heeres, die stets zu seinen Lieblingswünschen gehörte, mit demjenigen Eifer in Angriff nahm, den man bei ihm erregen wollte, um Widerstreben im Lande zu erzeugen, den König mehr und mehr gegen die Stände zu erbittern, damit aber auch ihm Widerwillen gegen die Verfassung selbst einzulösen. Der König sollte nur noch auf feudaler Seite Anhang erblicken, die Verfassung aber als eine Schutz- und Trugwaffe seiner Gegner vermünschen lernen. Der Brief schildert die Arbeit der reactionären Partei im Einzelnen, zählt die Personen auf, welche dabei, zum Theil ohne es zu ahnen, verwendet wurden, und fährt dann fort: Die Sprengung des liberalen Ministeriums hatte man schon früher zu bewirken gehofft, nachdem Herr v. Roon an die Stelle des Herrn von Bonin gebracht war. Allein Herr v. Schleinitz leistete durch seine Handhabung der äußern und innern Politik, die er beide in Verbindung zu erhalten wußte, einen nachhaltigen Widerstand. Erst der Eintritt des Herrn v. Bernstorff in das Cabinet verhalf der Reaction zum Siege, weil er überwiegend zu der feudalen Partei hinneigte und bereits von ihren Hauptagenten umgarnt war. Seine Aufgabe sollte nur sein, Herrn v. Bismark den Weg in das Ministerium zu bahnen, damit alsdann, nachdem die Vorarbeit im Lande selbst geschehen war, der Verfassung von außen her ein Ende gemacht werden könne.

Ueber den Plan des Herrn v. Bismark verbreitet sich der Brief sehr aus-
Grenzboten III. 1862.

führlieh, wobei auf frühere Jahre zurückgegangen wird. Herr v. Bismark, so wird berichtet, hatte gleich nach dem Pariser Frieden von 1856 in einer Denkschrift über die von Preußen demnächst einzunehmende Haltung den Ausspruch gethan, daß man sich vor der Hand nach keiner Seite hin engagiren, unter Umständen aber auch vor einer Allianz mit Frankreich nicht zurückschrecken solle. Dieses Wort machte einige Sensation, besonders bei dem verstorbenen Könige, der solche Ansichten am wenigsten einem Koryphäen der Junkerpartei zugetraut, aber auch vielleicht ebenso wenig das dahintersteckende Geheimniß geahnt hatte. Der König ließ sich jedoch die Meinung Bismarks gefallen, weil sie ihm ohnehin bequem war, und dieser fand eben darin wieder eine Ermunterung, seine Pläne weiter zu verfolgen. Er ging daher im Sommer 1856 gemeinschaftlich mit Herrn B. . . . n nach Paris und gab sich bereits damals große Mühe, Napoleon zu gefallen, Herrn von Walewski lockende Bilder in Bezug auf Deutschland vorzuführen und nebenbei den damaligen preussischen Gesandten in Paris, Herrn v. Haszfeld, dessen Posten er bis zu seinem Eintritte in das Ministerium für sich erstrebte, zu beseitigen. Diese Schritte hatten indessen keinen weitem Erfolg, als daß Napoleon fand, mit v. Bismark würde sich etwas machen lassen, und daß dieser seitdem immerfort von den Franzosen cajolirt wurde. Nun kam der italienische Krieg und v. Bismark, der bei Beginn desselben eine zu prononcirte Haltung gegen Oestreich und für Frankreich am Bundestage eingenommen hatte, wurde deshalb rasch von Frankfurt nach Petersburg versetzt. Dort ließ er sich sogleich mit dem Fürsten Gortschakoff, dessen stets erstrebtes Ziel eine russisch-französische Allianz mit besonderer Richtung gegen Deutschland war, auf das engste ein, und operirte in Verbindung mit ihm indirect für Frankreich, indem er auch der Drohung Rußlands an Deutschland für den Fall des Krieges gegen Frankreich, welche Herr v. Beust gut beantwortete, nicht fremd blieb. Fürst Gortschakoff affectirte, seit dem Pariser Frieden keine Eroberungsgedanken zu nähren, war aber nun erst recht entschlossen, nach jedem Mittel zu greifen, welches Rußland den im Orient verlorenen Einfluß in Europa wieder verschaffen könnte. Sein besonderes Augenmerk richtete er auf Polen, von dem er einsah, daß es ein fortwährender Herd der Revolution und eine bleibende Schwächung für Rußland sein würde, wenn es nicht gelänge, zugleich mit einer Mischung des deutschen und slawischen Elements, durch welche das letztere gebändigt werde, für Polen das Meer wieder zu gewinnen. Auf diese Weise würde, nach Gortschakoffs Plan, auch Rußland erst in die Reihe überwiegend europäischer Mächte eintreten. Zur Ausführung seiner Ideen aber glaubte Gortschakoff Frankreich unbedingt nöthig zu haben, das für seine Zustimmung zur Erweiterung des russischen Gebiets bis an die Weichsel freie Hand erhalten müsse, sich in Belgien und am Rheine zu vergrößern. Herr v. Bismark war mit diesen Ansichten nicht

unbekannt und baute darauf in einem so intimen Verkehr mit dem Fürsten Gortschakoff, der allgemein auf Seiten der deutschen und englischen Diplomatie Verdacht erregte, seine eigenen Plane. Grundgedanke dabei war, mit Hülfe Rußlands und Frankreichs, und gegen Territorialabtretungen an beide, Preußen zur Annexion der deutschen Mittel- und Kleinstaaten und zur Wiederherstellung des Absolutismus, so weit sein Arm reichen würde, in Stand zu setzen. Herr v. Bismark hielt dabei nur an dem fest, was die gesammte Junkerpartei denkt und will, der die liberalen Bewohner von Ost- und Westpreußen ebenso wie die gleichgesinnten der Rheinlande ein Dorn im Auge sind, den man ausreißen sollte, und die danach strebt, den sogenannten absoluten König höchstens als primus inter pares behandeln zu können.

Anderseits hatte auch schon 1848 und 1849 der damalige russische Gesandte in Berlin, v. Meyendorff, Andeutungen gemacht, unter welchen Bedingungen und bis wie weit Kaiser Nikolaus in eine Vergrößerung Preußens willigen würde. Genug, v. Bismark war bald mit dem Fürsten Gortschakoff einig geworden, und es kam nur noch darauf an, den damaligen Prinzregenten von Preußen zum Eingehen auf den Handel zu bewegen, der dann auch mit Frankreich abgeschlossen werden sollte. Diese Aufgabe machte indeß die Persönlichkeit des Prinzregenten und das Ministerium Hohenzollern so schwer, daß man nur auf weiten Umwegen das Ziel zu erreichen, hoffen durfte. Das Vorgehen Preußens gegen Frankreich 1859 war durch den raschen Abschluß des Friedens von Villafranca abgesehnt worden.

Nach dem Frieden kam v. Bismark auf Urlaub nach Berlin und begab sich von dort, anscheinend nur zu seinem Vergnügen, nach Paris. Dort aber ließ er sich sogleich in Unterhandlungen mit Walewski ein, stellte diesem vor, daß Frankreich fortwährend von Deutschland mit Hemmung und selbst mit Krieg bedroht sei, so lange Preußen sich nicht in der Lage befinde, den deutschen Franzosenfeinden Zügel anzulegen, und machte Vorschläge, die Walewski zu der Anfrage in Berlin veranlaßten, was die eigentlichen Gedanken der preußischen Regierung über die von Bismarks vernommenen Dinge seien. Hr. v. Schleinitz ertheilte hierauf eine sehr correcte Antwort, verneinte jeden Auftrag, den v. Bismark gehabt haben wollte oder sollte, und stellte sogar entschieden in Abrede, daß die persönlichen Auffassungen v. Bismarks im Einklange mit denen der Regierung ständen. Bismark mußte sich sofort auf seinen Posten nach Petersburg zurückbegeben. Nun hatten aber auch die oben berührten Machinationen begonnen, um den Regenten mit dem Lande zu entzweien und ganz in die Hände der Junkerpartei zu bringen. Da reiste das Project einer Zusammenkunft Napoleons mit dem Prinzregenten, und noch ehe letzterer zu diesem Behufe im Juni 1860 nach Baden ging, kam v. Bismark nach Berlin und versuchte, wiewohl mit äußerster Vorsicht, dem Regenten seine Idee zu empfehlen

und ihn zu einleitenden Schritten bei der Unterhandlung mit Napoleon zu bewegen. Bismark wurde sehr vernehmlich abgewiesen, was ihn aber nicht abhielt, den inzwischen nach Baden gereisten Regenten nochmals mit dringenden Vorstellungen anzugehen, die abermals erfolglos blieben. Der Regent hatte jetzt den Plan Bismarks vollständig kennen gelernt: Preußen solle sich mit Frankreich und Rußland über die Bildung eines deutschen Bundesstaats, an dessen Spitze der König von Preußen stehen würde, verständigen. Habe man dafür die Zustimmung jener beiden Mächte erlangt, so werde ein deutsches Parlament nach Frankfurt berufen. Diesen Ruf würde die deutsche Demokratie mit Jubel begrüßen, sie würde die noch widerstrebenden Regierungen mit sich fortreißen, Preußen aber würde seinen Forderungen vollends durch militärische Demonstrationen Nachdruck geben, und wenn dann der deutsche Bundesstaat mit dem Parlament constituirt sei, die preußische Landesverfassung aber ebenso wie diejenigen der übrigen Staaten rite aufgehoben worden, jage man das Frankfurter Parlament auseinander und beginne mit äußerster Energie ein absolutes Regiment.

Der Regent, dessen Rechtsinn vor solchen Gedanken zurückschreckte, schien darauf die Gelegenheit in Baden ergriffen zu haben, um durch die entschiedensten patriotischen Aeußerungen gegen seine dort versammelten Mitfürsten gleichsam seine Seele von dem angehauchten Gifte zu reinigen. Was er als ehrlicher Mann aussprach, erweckte überall in Deutschland neues Vertrauen zu ihm, und als einige Wochen später v. Bismark abermals in Baden erschien und Gehör zu finden versuchte, erfuhr er nur eine noch schärfere Abweisung, für die sich der Regent sehr starker Ausdrücke bediente.

Für den Augenblick war nun auf dem geraden Wege nicht weiter zu kommen, man brouillirte daher den Regenten nach außen hin durch die ihm octroyirte schroffe Forderung des Oberbefehls über die deutschen Heere, verbitterte ihn durch die eigenthümliche Behandlung der Militärfrage, setzte ihn mit seinen liberalen Ministern allmählig in Widerspruch, ergriff, nachdem er König geworden und die Versuche mit der Huldigung fehl geschlagen, die Krönung als ein passendes Mittel, um ihn bei der empfindlichsten Seite zu fassen und von dem Volke zu trennen.

Als der Fürst von Hohenzollern, dem die Wendung einleuchtete, welcher er jedoch nicht mehr Einhalt zu thun vermochte, Berlin verließ und Herr v. Bernstorff an die Stelle des Herrn v. Schleinitz trat, da war der Sieg der Feudalen an maßgebender Stelle schon entschieden. Nun tauchte auch v. Bismark, der in Petersburg und von dort aus eifrig fortgearbeitet hatte, am Hofe in Berlin wieder auf, und wurde dem Könige aufs Neue als der Helfer in allen Nöthen empfohlen, sogar auch für das Ministerium des Innern, mit der Versicherung, daß v. Bismark allein im Stande sei, gute Wahlen für das

Haus der Abgeordneten zu bewirken. Der Ausfall dieser Wahlen im Herbst vorigen Jahres wurde das glücklichste Ereigniß für die Feudalen; denn nichts gab den König so vollständig in ihre Hand, als der fortwährend bei ihm genährte Ingrimm und Verdacht gegen die als Demokraten verschrienen Widersacher der Erhöhung des Militärbudgets, von denen man unaufhörlich sagte, daß sie die Krone ihrer Rechte berauben und die Regierungsgewalt in das Parlament verlegen wollten. Nun traten auch, in der reactionären Presse wie mündlich bei Hofe, die Verführer zum Staatsstreich auf, zu dem der König mit allen Künften gedrängt werden sollte.

Die Dinge waren jedoch noch nicht zur Entscheidung reif, weder im Innern noch nach Außen. Herr v. Bernstorff mußte in letzterer Beziehung das Präludium mit seiner Forderung der Union anstimmen. Darauf schrieb v. G. die Broschüre: „Ein preussisches Programm in der deutschen Frage“, mit der ein weiterer Fühler an den König wie an die Würzburger kam. Der König antwortete darauf schon eingehender, und als die identischen Noten eintrafen, war er bereits nahe daran, in seiner ersten Aufregung einen entscheidenden Schritt für die ihm fortwährend angerathene Allianz mit Frankreich und Rußland zu thun. Doch man fand, daß die Verstimmung gegen Oestreich noch mehr angefacht werden mußte; denn der König hatte dem österreichischen Gesandten, Herrn v. Karolyi selbst im Januar dieses Jahres noch wohlwollende Worte gesagt. Bismarck durfte also auch noch nicht von Petersburg kommen, da er den König in der rechten Stimmung zum unverzüglichen Handeln finden sollte. Daher die Monate lang umgegangenen und widerrufenen Gerüchte, daß v. Bismarck Petersburg verlassen, Minister werden, oder aber nach London oder Paris gehen solle. In der Regel bezeichnete ein solches Gerücht die jemals in der obersten Region herrschende Strömung. Auch die sonst der Reaction im Innern am meisten zugewandten Kräfte, denen sich der König mehr und mehr näherte, wie die einer hohen Wittve und eines Bruders, durchkreuzten zuweilen die Richtung, welche von den in Berlin anwesenden und aus der Ferne wirkenden Vertrauten des Herrn v. Bismarck und von diesem selbst gegeben wurde. Erst als der Ministerwechsel eingetreten, und der König durch Berichte über die von Oestreich betriebene Agitation gegen den Handelsvertrag mit Frankreich — unter dem er sich etwas Anderes denkt als Herr v. Bernstorff — lebhaft gereizt war, gelang plötzlich die Ernennung des Herrn v. Goltz für Petersburg. Er mußte seine Abreise dahin beeilen, um sich von Herrn v. Bismarck, der seinen Abgang mit vorgeschützter Krankheit noch zu verzögern wußte, gehörig in alle Wege am Petersburger Hofe, so wie in das Vertrauen Gortschakoffs einweisen zu lassen. Da traf denn endlich v. Bismarck in Berlin ein, ohne daß der König selber recht wußte, was er mit ihm machen sollte. Aber es wußte dies eigentlich niemand. Herr

v. Bismark selbst mußte erst gründlich sondiren, in welchem Entwicklungsstadium sich die Dinge befanden, und welchen von den drei vorhin genannten Posten er würde antreten können oder müssen. So ist es denn für jeden Eingeweihten in die inneren Verhältnisse des Berliner Hofes ein untrügliches Kriterium des Grades, bis zu welchem der Bismarksche Plan heranreife, daß der Urheber desselben, anstatt nach London, auf einmal von dem Könige nach Paris gesandt wurde, wohin sich ihn auch schon — was bezeichnend genug ist — Napoleon zum Gesandten ausdrücklich erbeten hatte. Also v. Bismark wird jetzt, nachdem er mit Gortschakoff alles abgemacht hat, und während v. Goltz mit diesem die Verbindung unterhält, auch mit Napoleon die Sache ins Reine bringen, dann aber nach Berlin heimkehren, das Ministerium übernehmen und mit seinen beiden Verbündeten, Rußland und Frankreich an der Hand zur Lösung der deutschen Frage schreiten. — — —

So weit der Brief, welcher mit der perfiden Apostrophe schließt: Die deutschen Fürsten und die deutschen Völker mögen sich hiernach nur auf eine baldige Bestätigung der Bundestreue, Ehrlichkeit und nationalen Gesinnung des Königs Wilhelm von Preußen gefaßt machen!

Wer die Verhältnisse kennt, kann sich die Wirkung vorstellen, welche ein solcher Privatbericht — weit mehr als eine amtliche Depesche eines diplomatischen Agenten — in den engeren, höheren Kreisen in München, und vermuthlich auch bei den anderen Würzburger Höfen, für welche er bestimmt ist, hervorbringt. Er weckt leise Besorgnisse zu riesigem Mißtrauen und erklärt Feindseligkeiten und Provocationen, die sich in anderer Weise gar nicht erklären ließen, da solche Mittheilungen leider mehr Glauben finden als die bündigsten Versicherungen ihrer Unwahrheit. Eben diese Provocationen aber sind ihrerseits wieder geeignet, den Bestrebungen, die hier denunciirt werden, wenn sie vorhanden wären, in Preußen Vorschub zu leisten.

Aus dem allgemeinen Drange nach einer mehr activen preussischen Politik, aus den Eigenschaften, welche man Herrn v. Bismark zuschreibt, und welche ihn zum Träger einer solchen Politik geeignet erscheinen lassen, wird hier, mit genauer Kenntniß der Personen und Dinge ein Plan aufgebaut, der die Gläubigen in den hiernach zur Einverleibung in Preußen bestimmten Ländern in die größte Erbitterung versetzen muß. Hätte Herr von Bismark wirklich einen solchen Plan, so wäre er das Urbild eines — Doctrinärs, kein Staatsmann. Für Preußen aber ist aus unserer Mittheilung zu entnehmen, was seine ganze Lage anzeigt: die Nothwendigkeit, aus seiner unklaren, bloß negirenden Politik herauszutreten, dem Könige den Frieden mit dem Lande und das Vertrauen der Deutschen herzustellen und zu befestigen, dadurch, daß ein national und liberal gesinntes, an Fähigkeit und Charakter erprobtes Ministerium an die Spitze der Geschäfte gestellt wird.